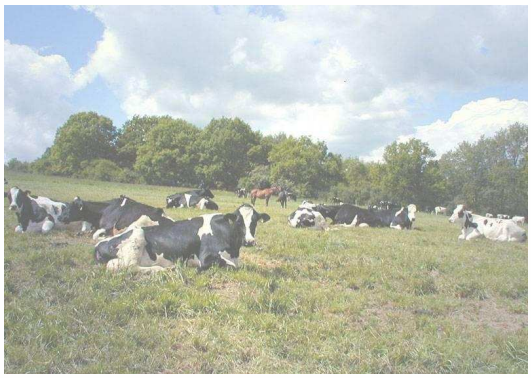
Rheinland-Pfalz



Agrarbericht 2008

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,
Stiftstraße 9, 55116 Mainz

Bearbeitung:

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,
Abteilung 6 – Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt,

Mainz, im Sommer 2008

Der Bericht über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus wird aufgrund eines Beschlusses des Landtags vom 12.10.1989 jährlich vorgelegt. In den zurückliegenden Jahren beschränkte sich dieser Bericht im Wesentlichen auf eine regionalisierte Darstellung der Buchführungsergebnisse auf der Grundlage des Agrarberichtes der Bundesregierung. Mit dem Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Berichtspflichten im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 13. Dezember 2007 wurde die Periodizität für den Bundesagrarbericht auf ein einmaliges Erscheinen pro Legislaturperiode verlängert. Der nächste Bundesagrarbericht erscheint daher erst wieder im Jahr 2011.

Die Landesregierung möchte jedoch kontinuierlich über die Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus unseres Landes berichten. Dafür spricht neben der Bedeutung der Landwirtschaft und des Weinbaus als Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Energieproduzent auch die Erfüllung wichtiger Funktionen im Zusammenhang mit der Erhaltung und Gestaltung unserer vielfältigen Kulturlandschaften. Die Landwirtschaft entwickelt sich zu einem Schlüsselsektor, ohne dessen Leistungen elementare künftige Herausforderungen nicht erfolgreich und nachhaltig auf globalen Märkten zu bewältigen sind. Damit eng verbunden sind die Fragen nach der weiteren Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors. Diesen strukturellen Anforderungen begegnen wir in der laufenden EU-Förderperiode 2007 bis 2013 mit unserem Entwicklungs-Programm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL).

Unabhängig von der Vorgehensweise der Bundesregierung, die nur noch alle vier Jahre einen Agrarbericht veröffentlichen will, wird daher auch künftig jährlich ein Landesagrarbericht vorgelegt. Denn es ist wichtig, der interessierten Öffentlichkeit sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die einer qualitativ hochwertigen heimischen Nahrungsmittelerzeugung ein großes Vertrauen entgegenbringen, die Situation in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft in regelmäßigen Abständen darzulegen. Darüber hinaus werden unsere Landwirtinnen und Landwirte mit diesem zusammenfassenden Überblick über die derzeitigen Entwicklungen in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft informiert.

Neben der reinen Berichterstattung stehen dabei auch aktuelle agrarpolitische Themen im Fokus. Dies ist im vorliegenden Bericht insbesondere der Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik, der die agrarpolitischen Diskussionen in diesem Jahr beherrscht und im November 2008 unter französischer EU-Ratspräsidentschaft beschlossen werden soll. Bis dahin wünsche ich mir weiterhin eine intensive Diskussion der seit dem 20. Mai 2008 auf dem Tisch liegenden Legislativvorschläge zur Umsetzung des Gesundheitschecks.

Hendrik Hering
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Inhaltsverzeichnis

1. Entwicklung in der Landwirtschaft 1

1.1 Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse (Wirtschaftsjahr 2006/2007) 1

1.2 Gewinnentwicklung landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz 2

1.3 Gewinnentwicklung der weinbaulichen HE-Betriebe 2006/2007 4

1.4 Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2006/2007 in Deutschland 4

1.5 Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2006/2007 in Rheinland-Pfalz 6

1.6 Vorschätzung der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 6

1.7 Fortschreitender Strukturwandel 7

2. Marktentwicklungen und Ausblick 8

2.1 Weinmarkt und Weinernte 2006 8

2.2 Entwicklung des Rindermarktes 9

2.3 Entwicklung des Schlachtschweinemarktes 9

2.4 Entwicklung des Milchmarktes 10

2.5 Entwicklung des Getreidemarktes 11

3. Entwicklung der Agrareinkommen in der Europäischen Union 11

4. Veränderungen in der europäischen, nationalen und regionalen Agrarpolitiken 13

4.1 Jahresüberblick 13

4.2 Health Check der GAP 14

4.3 Weiterentwicklung der GAK 16

4.4 Agrarstrukturförderung unter geänderten agrarmarktpolitischen Rahmenbedingungen – Auswirkungen auf das EPLR PAUL 16

4.5 Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes 18

1. Entwicklung in der Landwirtschaft

Im Wirtschaftsjahr (WJ) 2006/2007 ist nach einer Reihe wirtschaftlich schwieriger Jahre endlich eine deutliche Trendwende auf den Agrarmärkten eingetreten. Die Situation hat sich innerhalb relativ kurzer Zeit vollkommen verändert. Die Agrarmärkte haben sich im WJ 2006/2007 von Angebots- in Nachfragemärkte gedreht. Für wichtige Agrarprodukte - Getreide, Ölsaaten und Milch - haben sich die Erzeugerpreise deutlich positiv entwickelt und den Druck auf die Erzeugerpreise der vergangenen Jahre hinter sich gelassen. Demzufolge hat sich die Bedeutung der Landwirtschaft gewandelt. Sie ist gesellschaftlich wieder anerkannt und wird als wichtiger multifunktionaler Wirtschaftszweig, bedeutender Investor und Arbeitgeber wahrgenommen. Die Landwirtschaft muss sich - bei allen positiven Markterwartungen - mittelfristig aber auf größere Preisausschläge nach oben und nach unten als in der Vergangenheit einrichten. Der Umgang mit dieser für die meisten Betriebe neuen Situation ist nicht immer einfach und erfordert möglicherweise mittelfristig, d. h. nach 2013, sogar neue Instrumente, um sachgerecht mit dieser Herausforderung umzugehen.

Das WJ 2006/2007 hat auch den Wendepunkt bei den landwirtschaftlichen Einkommen für die meisten Betriebsformen eingeleitet. Die zunehmende weltweite Verknappung von Agrarprodukten als Nahrungsmittel gerade auch aufgrund des geänderten Nachfrageverhaltens in einigen Regionen (z.B. China), der Rohstoffe und deren alternative Verwendungsmöglichkeiten, z.B. im Bereich der Erneuerbaren Energien, haben sich im Preisniveau deutlich bemerkbar gemacht. Andererseits sind aber auch die Kosten für Vorleistungen, besonders für Futtermittel, Energie, Dünger und Pflanzenschutzmittel, deutlich gestiegen.

Auf der Ertragsseite waren durchweg positive Ergebnisse festzustellen, die im Verbund mit den steigenden Agrarpreisen für erfreuliche Wirtschaftsergebnisse - mit Ausnahme bei den Schweinehaltern - in den Betrieben gesorgt haben. Die Weinbaubetriebe konnten ihre positive Entwicklung der vergangenen Jahre aufrechterhalten und fortsetzen. Andererseits belasten die gestiegenen Betriebsmittelkosten, insbesondere in Folge der drastisch gestiegenen Energie- und Düngerpreise, die Ergebnisse. Für Deutschland und Rheinland-Pfalz wird nachfolgend die Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe für das WJ 2006/2007 dargestellt.

1.1 Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse (Wirtschaftsjahr 2006/2007)

In Deutschland ist der durchschnittliche Gewinn (Entgelt für eingesetztes Eigenkapital, nicht entlohnte Arbeit und unternehmerische Tätigkeit) der Haupterwerbsbetriebe im WJ 2006/2007 um 13,8 % auf 41.125 EUR je Unternehmen gestiegen. Das Einkommen je Arbeitskraft (Gewinn plus Personalaufwand) dieser Betriebe ist ebenfalls im Durchschnitt um 10,6 % auf 25.407 EUR gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer zeigt nachfolgende Übersicht.

Die Gewinnentwicklung der rheinland-pfälzischen Betriebe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr liegt mit an der Spitze aller Bundesländer. Im Länderranking der „alten Bundesländer“ belegt Rheinland-Pfalz bei den Gewinnzuwächsen im Vergleich zum Vorjahr einen hervorragenden zweiten Platz. Lediglich für Hessen weisen die Buchführungsdaten ein geringfügig besseres Ergebnis aus als in Rheinland-Pfalz.

Tabelle 1: Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe 2006/2007 nach Ländern und Regionen (Vorjahresbeträge in Klammern - kursiv)

Land Region	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
	€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	50.239 *(42.036)*	+ 19,5	30.033 *(26.508)*	+ 13,3
Niedersachsen	47.798 *(42.570)*	+ 12,3	29.375 *(26.659)*	+ 10,2
Nordrhein-Westfalen	43.278 *(41.208)*	+ 5,0	27.133 *(26.787)*	+ 1,3
Hessen	41.664 *(34.009)*	+ 22,5	26.400 *(22.621)*	+ 16,7
Rheinland-Pfalz	42.668 *(35.161)*	+ 21,4	22.248 *(19.172)*	+ 16,0
Baden-Württemberg	36.789 *(33.302)*	+ 10,5	23.247 *(21.603)*	+ 7,6
Bayern	34.564 *29.674)*	+ 16,5	22.893 *(19.925)*	+ 14,9
Saarland	39.820 *(34.340)*	+ 16,0	23.152 *(19.769)*	+ 17,1
Brandenburg	42.576 *(44.946)*	- 5,3	23.158 *(23.612)*	- 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	70.773 *(54.618)*	+ 29,6	32.544 *(26.729)*	+ 21,8
Sachsen	35.625 *(33.014)*	+ 7,9	20.852 *(19.461)*	+ 7,1
Sachsen-Anhalt	62.987 *(52.362)*	+ 20,3	27.945 *(25.021)*	+ 11,7
Thüringern	44.671 *(38.488)*	+ 16,1	24.116 *(21.366)*	+ 12,9
Deutschland[1]	41.125 *(36.137)*	+ 13,8	25.407 *(22.964)*	+ 10,6
Früheres Bundesgebiet[2]	*(35.625)*		*(22.931)*	
Neue Länder	51.326 *(44.687)*	+ 14,9	25.723 *(23.301)*	+ 10,4

Quelle: www.verbraucherschutzministerium.de; Buchführungsergebnisse 2006/2007.

1.2 Gewinnentwicklung landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz

Der Gewinn ist ein wesentlicher Indikator für die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens. Um die Familien zu ernähren und die Betriebe weiter zu entwickeln, sollten im langjährigen Durchschnitt mindestens 40.000 € als Unternehmensergebnis erzielt werden. Werden die Betriebe in der nächsten Generation nicht fortgeführt, können auch 25.000 bis 30.000 € ausreichen. Hintergrund ist, dass in diesen auslaufenden Betrieben größere Investitionen in der Regel nicht mehr vorgenommen werden.

Die wirtschaftliche Situation nach Betriebsformen stellt sich wie folgt dar:

- Die **rheinland-pfälzischen Ackerbaubetriebe** profitierten mit einem Plus von 50,8 %[3] überdurchschnittlich von der positiven Entwicklung auf den pflanzlichen Märkten, insbesondere von den relativ günstigen Getreide-, Raps-, Kartoffel- und Zuckerrübenpreisen.
- Die **Sonderkulturen** - insbesondere der **Garten- und der Weinbau** - haben von der guten Witterung des Jahres 2006 profitiert und qualitativ gute Ernteergebnisse erzielt. Dies hat zu Gewinnsteigerungen in diesen Betrieben geführt und zu dem positiven Ergebnis des gesamten Sektors beigetragen.

[1] Einschließlich Stadtstaaten.

[2] Einschließlich Berlin.

[3] Da die Ackerbaubetriebe in Rheinland-Pfalz jedoch zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung sind, schlägt deren überdurchschnittlich positives Ergebnis nicht voll auf das Gesamtergebnis des Sektors durch.

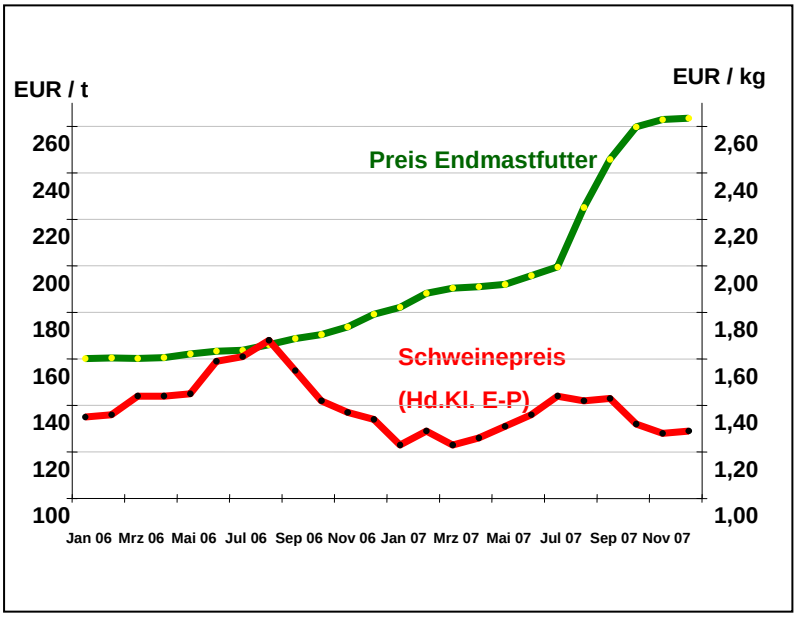
Tabelle 2: **Betriebsergebnisse der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz (2005/06 und 2006/07) nach Betriebsformen**

Betriebsform	Zahl der Testbetriebe [1]		LF (ha)		Gewinn je Unternehmen (EUR)			Gewinn + Personalaufwand je AK		
	05/06	06/07	05/06	06/07	05/06	06/07	Veränderung gegen Vorjahr (%)	05/06	06/07	Veränderung gegen Vorjahr (%)
Ackerbau (Marktfrucht)	142	136	84,1	88,0	31.262	47.134	+ 50,8	20.983	28.860	+ 37,5
Gartenbau	71	46	16,1	16,1	40.691	54.367	+ 33,6	18.391	22.018	+ 19,7
Weinbau	507	498	12,0	12,6	38.581	43.043	+ 11,6	19.331	20.866	+ 7,9
Milch	222	220	75,5	78,9	34.758	42.792	+ 23,1	21.435	26.494	+ 23,6
Sonstiger Futterbau	36	32	95,6	99,7	20.866	20.952	+ 0,4	13.365	12.803	- 4,2
Futterbau insges.	258	252	79,1	82,5	32.273	39.031	+ 20,9	20.070	24.154	+ 20,3
Veredlung	19	18	39,6	41,0	31.291	42.818	+ 36,8	17.762	22.486	+ 26,6
Gemischt (Verbund)	157	145	85,0	87,4	33.904	39.779	+ 17,3	18.576	21.323	+ 14,8
Zusammen RP	**1.167**	**1.107**	**45,0**	**46,5**	**35.161**	**42.668**	**+ 21,4**	**19.172**	**22.248**	**+ 16,0**
Ø Deutschland	10.435	9.982	61,4	64,0	36.137	41.125	+ 13,8	22.964	25.407	+ 10,6

1) Sämtliche HE-Testbetriebe in Rheinland-Pfalz.

- Positive Einkommenszuwächse haben auch die **Milchviehbetriebe** aufzuweisen. In den Ferkel erzeugenden Betrieben und **Schweinemastbetrieben** hat sich im Laufe des Jahres 2007 die Situation allerdings dramatisch verschlechtert. Das zyklusbedingte Preistief hat sich zeitlich durch die drastisch gestiegenen Vorleistungspreise erheblich verlängert.

Abbildung 1: Preis-Kostenschere (Endmastfutter zu Schweinepreisen)



Quelle: ZMP, 2008

Im Durchschnitt konnten die rheinland-pfälzischen Landwirte im WJ 2006/2007 einen Gewinn von 42.668 EUR erzielen. Dies entspricht einem Plus von 21,4 Prozent. Zu der positiven Entwicklung hat auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2003 beigetragen, die seit 2005 umgesetzt wird. Die Landwirte können sich jetzt in Folge der Entkopplung der Direktzahlungen stärker nach den Marktgegebenheiten verhalten, müssen allerdings auch mit einem häufigeren Auf und Ab der Produktpreise rechnen. Dabei leisten die Direktzahlungen der 1. Säule einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung des Einkommens. Sie stellen zugleich eine effektive Form des Risikoausgleichs dar.

1.3 Gewinnentwicklung der weinbaulichen HE-Betriebe 2006/2007

In Rheinland-Pfalz erreichten die weinbaulichen HE-Betriebe 2006/2007 im Durchschnitt einen Gewinn von 43.043 € (ein Plus gegenüber dem Vorjahr um 11,6 %). Das Einkommen je AK (Gewinn + Personalaufwand) stieg auf 20.866 € (+ 7,9 %) gegenüber dem Vorjahr. Der positive Trend im Weinbau in Rheinland- Pfalz hält demnach weiter an, fällt allerdings gegenüber anderen Kulturen etwas ab.

1.4 Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2006/2007 in Deutschland

Die Eigenkapitalveränderung ist ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Existenzfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen. Der Wert ermöglicht eine Aussage darüber, inwieweit das im Unternehmen in dem jeweiligen Jahr erwirtschaftete und dort verbleibende Eigenkapital bereits eine ausreichende Grundlage zur Finanzierung von Nettoinvestitionen darstellt.

Die Eigenkapitalbildung sollte im Durchschnitt jährlich mindestens 7.500 EUR bis 10.000 EUR erreichen. Die Eigenkapitalbildung war im WJ 2006/2007 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe mit 7.678 € je Unternehmen mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Damit lag sie aber nur knapp über der vorstehend geforderten Mindestkapitalbildung.

Tabelle 3: Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsform und Größenklassen in Deutschland

Wirtschaftsjahr	Betriebsform Betriebsgröße	Eigenkapitalveränderung gemäß Bilanz in €/Unternehmen
2003/04		2.424
2004/05		6.387
2005/06	Insgesamt	3.406
2006/07		7.678
2006/07	Ackerbau	15.782
	Gartenbau	3.157
	Dauerkulturen	4.119
	Weinbau	3.885
	Obstbau	5.907
	Futterbau	5.962
	Milch	6.887
	Sonst. Futterbau	123
	Veredlung	7.976
	Gemischt (Verbund)	6.596
	Pflanzenbauerverband	13.551
	Viehbehaltungsverbund	4.380
	Pflanzenbau-Viehhaltung	6.117
	Kleinere (60-40 EGE)	-301
	Mittlere (40-100 EGE)	6.537
	Größere (100 und mehr EGE)	20.579

Quelle: BMELV; Buchführungsergebnisse 2006/2007

Die Ackerbau- und die Pflanzenbauverbundbetriebe verzeichneten mit Abstand die höchsten Zunahmen des Eigenkapitals, die sonstigen Futterbaubetriebe die geringste Eigenkapitalbildung. Die Betriebsgröße hatte ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit der Betriebe, Eigenkapital zu bilden. Für die kleineren Betriebe ergab sich im Unterschied zu den mittleren und größeren Betrieben weiterhin im Durchschnitt eine negative Entwicklung.

Tabelle 4: Eigenkapitalbildung in den Haupterwerbsbetrieben in Deutschland nach Ländern

Betriebsform Größenklasse (EGE)	**Eigenkapital (€/ha LF)**	**Eigenkapital-rentabilität (%)**	**Eigenkapitalveränderung, Bilanz (€/ha LF)**
SH	8.629	1,6	115
NI	9.038	1,6	219
NW	11.015	1,1	115
HE	5.795	0,7	173
RP	9.641	-0,2	98
BW	9.457	0,0	76
BY	12.662	-0,3	108
SL	4.694	-0,7	67
BB	988	1,0	44
MV	629	16,8	59
SN	2.341	-1,4	36
ST	1.270	4,3	38
TH	1.468	1,5	80
Stadtstaaten	45.910	-5,4	476
Deutschland insgesamt	8.528	0,6	120

Quelle: BMELV; Buchführungsergebnisse 2006/2007

Die Eigenkapitalbildung der Haupterwerbsbetriebe wies auch im WJ 2006/2007 eine breite Streu-

ung auf. Fast 50 % aller Betriebe hatten eine negative Eigenkapitalveränderung, rund 19 % eine Verringerung des Eigenkapitals von mehr als 400 € je ha, rund 22 % eine Erhöhung von mehr als 400 EUR je ha. Die Betriebe mit negativer Eigenkapitalveränderung sind gekennzeichnet durch hohe und meist zunehmende Verbindlichkeiten, negative Nettoinvestitionen und negative Rentabilitätsmerkmale.

1.5 Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2006/2007 in Rheinland-Pfalz

Tabelle 5: Eigenkapitalbildung in den Haupterwerbsbetrieben in Rheinland-Pfalz nach Betriebsformen

Betriebsform Größenklassen(EGE)	Eigenkapital (€/ha LF)		Eigenkapitalrentabilität (%)		Eigenkapitalveränderung, Bilanz (€/ ha LF)	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Ackerbau	5.191	5.227	-1,2	2,0	9	125
Gartenbau	17.354	22.159	-5,5	0,5	139	208
Weinbau	34.006	32.718	-1,3	-0,5	47	176
Futterbau	6.141	5.961	-5,7	-0,1	-508	58
Milch	6.947	6.696	-1,6	0,7	47	84
Sonstiger Futterbau	3.216	3.166	-0,8	-6,4	5	-39
Veredlung	6.963	7.270	-5,9	-0,3	3	571
Gemischt (Verbund)	5.872	6.276	-1,4	-0,9	4	51
Pflanzenverbund	6.799	8.714	-3,3	0,7	-100	38
Pflanzenbau-Viehhaltung	5.348	5.307	-2,1	-2,0	151	52
16-40		12.280	-2,9	-4,1	202	-64
40-100		9.599	-2,1	-0,2	78	75
> 100		8.451	-2,1	2,6	110	202
Insgesamt	9.687	9.641	-1,7	-0,2	41	-46

Quelle: BMELV; Buchführungsergebnisse 2005/06 und 2006/07

Im WJ 2006/2007 betrug das Eigenkapital im Durchschnitt 9.641 EUR /ha LF. Im Wirtschaftsjahr zuvor waren es durchschnittlich 9.687 EUR. Dies entspricht einer Eigenkapitalveränderung (Bilanz) von - 46 €/ha LF. Im Wirtschaftsjahr zuvor konnte eine Eigenkapitalveränderung von + 41 EUR /ha LF verzeichnet werden. Jedoch sind hier deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Betriebsformen zu erkennen.

1.6 Vorschätzung der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe für das Wirtschaftsjahr 2007/2008

Insgesamt sind die Zukunftsaussichten für die Landwirtschaft angesichts der Entwicklung auf den Weltagrar- und Rohstoffmärkten und der Chancen bei erneuerbaren Energien mittelfristig positiv einzuschätzen. Allerdings besteht ein Politikrisiko, wenn die Betriebe keine Planungssicherheit in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2013 erhalten. Zudem sollten die Vereinfachung und Entbürokratisierung bei Überprüfung der GAP in 2008 - dem so genannten „Health check“ – im Fokus stehen.

Im laufenden WJ 2007/08 wird in der pflanzlichen Erzeugung insgesamt mit weiter steigenden Erlösen gerechnet, wobei jedoch bei Zuckerrüben und Kartoffeln die Erlöse zurückgehen werden. In der Tierhaltung ist bei Schweinen mit deutlich rückläufigen, bei Rindern mit leicht steigenden Erlösen zu rechnen. In der Milchviehhaltung haben sich die Erlöse gegenüber den Vorjahren zwar verbessert, die Be-

triebe haben allerdings mit drastischen Betriebsmittelpreissteigerungen und schwankenden Preisen für Rohmilch zu kämpfen.

Auch mittelfristig sind auf der Aufwandsseite weiter steigende Kosten zu erwarten, vor allem für Futtermittel, Energie, Düngemittel, Pflanzenschutz und Dienstleistungen. Insbesondere die Energiekosten werden nach einer vorübergehenden Beruhigung in 2007/08 wieder deutlich ansteigen. In der Gesamtbetrachtung wird für 2007/08 mit einer weiteren Verbesserung der durchschnittlichen Unternehmensergebnisse gerechnet.

1.7 Fortschreitender Strukturwandel

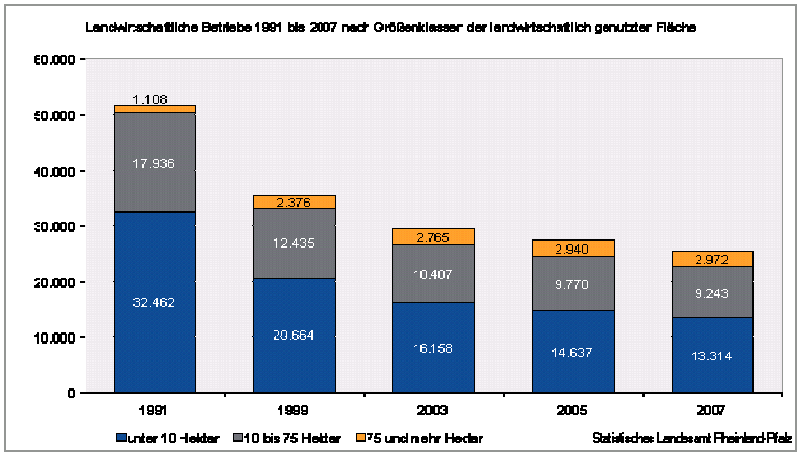
Der seit Jahrzehnten stattfindende Strukturwandel in der Landwirtschaft hin zu immer größeren Betrieben bei gleichzeitig reduzierter Zahl der Betriebe und nahezu unveränderter landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) setzt sich fort. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz betrug im Mai 2007 25.529; das sind halb so viele Betriebe wie 1991. Ein Betrieb bewirtschaftete durchschnittlich 28 Hektar LF und damit doppelt so viel Fläche wie 1991. Allein seit 2005 hat sich die Zahl der Betriebe um 6,6 % reduziert.

Bundesweit nahm nach den vorläufigen Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2007 die Zahl der Betriebe gegenüber 2005 um 6,5 Prozent ab. Insgesamt gab es im Mai 2007 in Deutschland 370.800 landwirtschaftliche Betriebe. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist in Deutschland auf knapp 46 Hektar gestiegen. Im Hinblick auf die geringere durchschnittliche Flächenausstattung in Rheinland-Pfalz ist zu berücksichtigen, dass in Rheinland-Pfalz die Sonderkulturen Wein und Obst eine überdurchschnittliche Rolle spielen. Wein- und Obstbaubetriebe erzielen im Vergleich zu den übrigen Betriebsformen eine hohe Wertschöpfung pro Flächeneinheit, verfügen aber nur über eine relativ geringe Flächenausstattung.

Knapp 12 Prozent der Betriebe bewirtschaften 54 Prozent der Fläche. Auch künftig wird sich der Trend zu größeren Flächenausstattungen in den Betrieben bei einer durchschnittlichen jährlichen Abnahmerate der Betriebe von 3 bis 5 Prozent weiter fortsetzen.

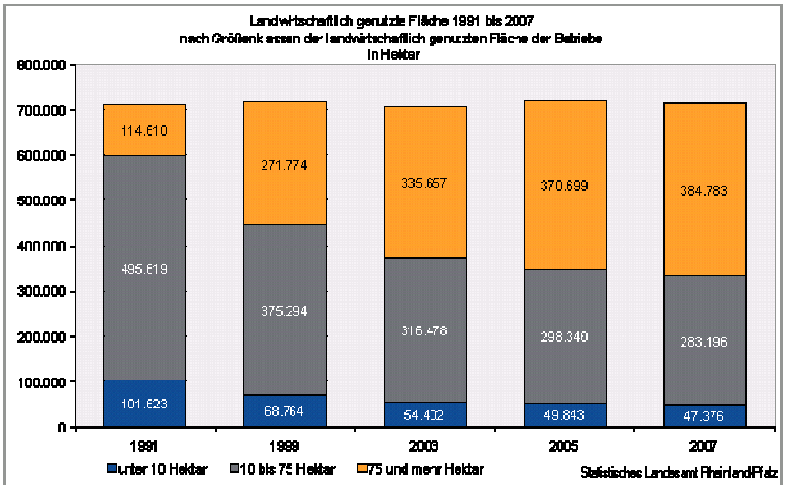
Die zunehmende Flächenausstattung der Betriebe zeigt sich auch in der Betriebsgrößenstruktur. Mittlerweile verfügen 2.972 Betriebe in Rheinland-Pfalz über mindestens 75 Hektar LF. Hier liegt auch die Wachstumsschwelle der rheinland-pfälzischen Betriebe. Diese bewirtschaften 54 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche von rund 715.000 Hektar. Im Jahr 1991 verfügten nur 1.108 Betriebe (2,2 Prozent) über eine entsprechende Flächenausstattung über 75 ha LF; ihr Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche betrug damals 16 Prozent. Die Betriebsaufgaben erfolgen bei den Betrieben unterhalb der Wachstumsschwelle. Besonders reduzierte sich die Zahl der Betriebe, die weniger als zehn Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschafteten, im Zeitraum von 1991 bis 2007 um 60 Prozent auf 13.314. Die Zahl der Betriebe, die zwischen zehn und 75 Hektar LF bewirtschaften, hat sich gegenüber 1991 nahezu halbiert.

Abbildung 2: Landwirtschaftliche Betriebe 1991 bis 2007 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



Quelle: Statistisches Landesamt in Bad Ems, nach Angaben aus der Agrarstrukturerhebung

Abbildung 3: Landwirtschaftlich genutzte Fläche 1991 bis 2007 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe in Hektar



Quelle: Statistisches Landesamt in Bad Ems, nach Angaben aus der Agrarstrukturerhebung

2. Marktentwicklungen und Ausblick

2.1 Weinmarkt und Weinernte 2006

2006 lag die Weinmosternte in Rheinland-Pfalz bei 5,9 Mio. hl, nach 2005 eine unterdurchschnittliche Erntemenge. Nach Einschätzung der statistischen Ämter ist der Jahrgang 2006 ein qualitativ durchschnittlicher Jahrgang. Die Weinmostpreise sind aufgrund der guten Nachfrage, aber begrenztem Angebot, stetig gestiegen. Beispielhaft sind die Auszahlungspreise bei Riesling benannt. Der gute Absatz der Weißweine erfolgt nicht zu Lasten der Rotweine. Die in den vergangenen Jahren gestiegene Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Rotweinen, insbesondere auch bei Dornfelder, ist stabil.

Tabelle 6: Preise für QbA-Wein (Riesling) in den drei größten rheinland-pfälzischen Anbaugebieten - Preise ohne MwSt. in EUR/hl

Anbaugebiete Zeitpunkte	Mosel	Rheinhessen	Pfalz
März 2003	70	33 - 36	33 - 36
Sept. 2003	70	33	33 - 36
Dez. 2003	90	50	50
März 2004	90 - 110	60 - 65	50 - 60
Sept. 2004	95 - 115	60 - 70	60
Dez. 2004	85	60	60 - 65
März 2005	70	65 - 70	65 - 70
Sept. 2005	70	70 - 75	70 - 75
Dez. 2005	90	75	75
Marz:2006	95-110	90-100	90
Sept..2006	100	110	95
Dez. 2006	130	110	140
März 2007	160	140	160
Sept. 2007	165	115	115
Dez. 2007	150	130	130

2.2 Entwicklung des Rindermarktes

Der Rindfleischverbrauch je Kopf stieg in Deutschland von 2006 zu 2007 um 300 g auf 12,2 kg (Konsum = 8,4 kg). Die Umsetzung der EU-Agrarreform 2003 (Entkopplung der Transferzahlungen von der Erzeugung) führte tendenziell zu einem deutlichen Rückgang der Rindfleischerzeugung. Die Bruttoeigenerzeugung wird für 2007 mit 1,222 Mio. Tonnen angenommen. Der bereits 2004 registrierte Erzeugerpreisanstieg setzte sich 2007 EU-weit nicht fort. Der durchschnittliche Erzeugerpreis für Rind- und Kalbfleisch dürfte in 2007 bei rd. 2,50 €/kg gelegen haben.

Wie Tabelle 7 zeigt, sind die gewerblichen Rinderschlachtungen in 2007 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 6.500 Stück (- 6,3 %) auf rd. 97.200 zurückgegangen, so dass die heimischen Schlachthöfe nach wie vor im Durchschnitt suboptimal ausgelastet werden.

Tabelle 7: Gewerbliche Schlachtungen von Rindern in Rheinland-Pfalz (2001-2007)

Kategorie	Jahr	Summe
Rinder insgesamt (ohne Kälber)	2001	111 973
	2002	116 318
	2003	109 997
	2004	111.502
	2005	104.102
	2006	103.717
	2007	97.196

2.3 Entwicklung des Schlachtschweinemarktes

Der Pro-Kopf-Verzehr an Schweinefleisch ist in 2007 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1 kg auf ca. 39,9 kg gestiegen, während der Erzeugerpreis je kg Schlachtgewicht im Mittel aller Handelsklassen um fast 10% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2006 auf 1,36 € im Jahresdurchschnitt gefallen ist. Aufgrund der letzten Viehzählungsergebnisse wird sich durch Abbau der Schweinebestände die Schlacht-

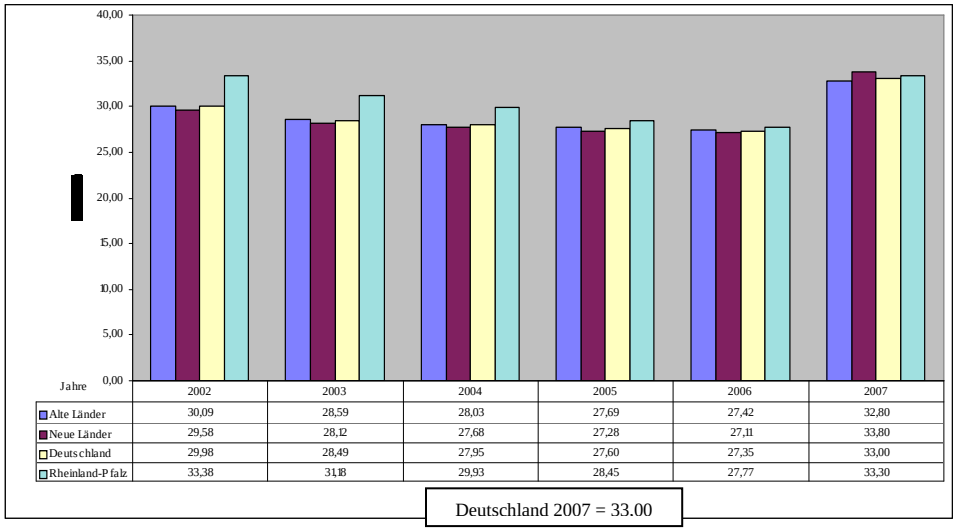
schweineerzeugung in 2008 verringern. In Rheinland-Pfalz sind vor allem die Zuchtsauenbestände aufgrund der sehr niedrigen Ferkelpreise deutlich reduziert worden. Die Tabelle 8 weist im Vergleich zu 2006 einen leichten Anstieg der gewerblichen Schweineschlachtungen in 2007 um 15.514 Stück (+ 1,5 %) auf etwa 1,08 Mio. Stück aus. Die Zahl der Schlachtungen in den meldepflichtigen Betrieben (Betriebe mit mehr als 200 Schweineschlachtungen/Woche) ist um weitere ca. 37.000 Stück auf etwa 880.000 Stück gestiegen. Ihr Anteil macht rd. 81 % der gewerblichen Schweineschlachtungen aus. Diese Unternehmen haben das stark rückläufige heimische Schlachtschweineangebot durch überregionale Zufuhren überkompensiert, um ihre im Durchschnitt unzureichend genutzten Schlachtkapazitäten besser auszulasten. Diese Ferntransporte sind unter Tierschutzgesichtspunkten nicht unproblematisch.

Tabelle 8: Gewerbliche Schweineschlachtungen in Rheinland-Pfalz (2001-2007)

Kategorie	Jahr	Summe
Schweine insgesamt	2001	1 080 393
	2002	995 822
	2003	1 005 408
	2004	1 048 484
	2005	1.035.223
	2006	1.060.772
	2007	1.076.286

2.4 Entwicklung des Milchmarktes

Abbildung 4: Vergleichspreise des ZMP-Milchpreisvergleichs bei standardisierten Inhaltsstoffen 2002 - 2007[4] (3,7 % Fett und 3,4 % Eiweiß, ab Hof, ohne Mehrwertsteuer) - Preise in Cent/kg



Jahre	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Alte Länder	30,09	28,59	28,03	27,69	27,42	32,80
Neue Länder	29,58	28,12	27,68	27,28	27,11	33,80
Deutschland	29,98	28,49	27,95	27,60	27,35	33,00
Rheinland-Pfalz	33,38	31,18	29,93	28,45	27,77	33,30

Seit 2002 gingen die Milcherzeugerpreise sowohl auf Bundesebene als auch in Rheinland-Pfalz zurück (vgl. Abbildung 4). Unter Berücksichtigung der in 2006 gezahlten Betriebsprämie, einschließlich des Ergänzungsbetrags von insgesamt 3,55 Cent/kg konnte die Erlössituation gegenüber 2005 in etwa stabil gehalten werden. 2007 erfolgte ein erfreulicher Erzeugerpreisanstieg.

Wie in vielen Jahren zuvor, lag der durchschnittliche Auszahlungspreis in Rheinland-Pfalz wieder

[4] Vgl. ZMP, Agrarmärkte in Zahlen a.a.O. S. 6 und ZMP, Milch Marktbilanz 2007, S. 31.

an der Spitze im Bundesgebiet. Den Bundesdurchschnitt übertraf er um 0,3 Cent/kg. Der über Jahre zu verzeichnende deutliche Vorsprung von Rheinland-Pfalz im Milchauszahlungspreis ist aber spürbar gesunken. Dennoch entspricht der überdurchschnittliche Auszahlungspreis bei einer zusammengefassten einzelbetrieblichen Referenzmenge von rd. 800.000 t einem Mehrerlös von rd. 2,4 Mio. € gegenüber den Mitbewerbern am Markt auf nationaler Ebene.

Nach der Preishausse für Rohmilch im letzten Quartal 2007 und den deutlich rückläufigen Erzeugerpreisen im ersten und zweiten Quartal 2008 einerseits und den bereits erwähnten drastischen Betriebsmittelpreissteigerungen kam es erstmals Ende Mai/Anfang Juni 2008 zu einem zehntägigen Anlieferungsboykott von Milcherzeugern gegenüber den Molkereien im Land, der die schwierige wirtschaftliche Lage der Milcherzeuger in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt hat.

2.5 Entwicklung des Getreidemarktes

Weltweit überstieg die Ernte 2007 die Erwartungen. Sie nahm gegenüber dem Vorjahr um rd. 6 % auf etwa 1.655 Mio. Tonnen zu. Dennoch sind die Weltgetreidevorräte auf ein historisch niedriges Niveau von 131 Mio. Tonnen (Weizen 115 Mio. Tonnen) gesunken. In der EU ist die Erzeugung im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gesunken, und zwar um ca.14 %. Die Getreideernte fiel in Deutschland nach der Rekordernte in 2004 mit 51,1 Mio. Tonnen in 2007 mit 40,5 Mio. Tonnen nochmals um 3,0 Mio. Tonnen (- 6,8 %) geringer aus als im Jahr zuvor. Bei großen regionalen Unterschieden wurde das langjährige Durchschnittsniveau von 45,5 Mio. Tonnen (2001/06) sogar um 11 % unterschritten. In Rheinland-Pfalz ging die Erntemenge gegenüber 2006 um 8 % auf ca. 1,3 Mio. Tonnen zurück. Die mittleren Erträge umfassten in Deutschland rd. 60 dt/ha. Aufgrund der Frühjahrstrockenheit wurden in Rheinland-Pfalz mit weniger als 54 dt/ha nur unterdurchschnittliche Erträge erzielt.

3. Entwicklung der Agrareinkommen in der Europäischen Union

Laut Schätzung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) hat sich das reale Agrareinkommen je Arbeitskraft[5] in der EU im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 5,4 % weiter erhöht, nachdem es bereits 2006 um 3,3 % gestiegen war. Der erneute Anstieg ist auf einer Zunahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens (+ 3,1 %) und anderseits eine Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (- 2,2 %) zurückzuführen.

Diese Steigerung des realen landwirtschaftlichen Einkommens in der EU27 im Jahr 2007 ist das Ergebnis der folgenden Entwicklung:

- Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion (zu realen Erzeugerpreisen, + 4,3 %);
- Anstieg der Vorleistungskosten (+5,8 %) und leichte Rückgänge der realen Abschreibungen
  (-0,3%);

[5] Das **landwirtschaftliche Einkommen** umfasst das in einem Buchungszeitraum aus landwirtschaftlichen Tätigkeiten (sowie nicht trennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten) hervorgegangene Einkommen, auch wenn die entsprechenden Einkünfte in einigen Fällen erst später empfangen werden. Es handelt sich somit nicht um das tatsächlich im Buchungszeitraum empfangene Einkommen. Im übrigen sollte es nicht mit dem Gesamteinkommen der in der Landwirtschaft tätigen Haushalte verwechselt werden, denn diese können neben ihren rein landwirtschaftlichen Einkommen auch Einkommen aus anderen Quellen (nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten, Löhne oder Gehälter, Sozialleistungen, Einkommen aus Vermögen) beziehen.

- Verringerung des realen Wertes der Subventionen ohne Steuern (- 2,8 %).

Diese Schätzungen für die EU27 basieren auf den von den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten übermittelten Daten an EUROSTAT. Die höchsten Steigerungsraten der realen landwirtschaftlichen Einkommen je Arbeitskraft wurden in Litauen (+ 39,3 %), Estland (+ 22,5 %), der Tschechischen Republik (+ 20,9 %) und Schweden (+ 16,5 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge wurden in Rumänien (- 16,7 %), Bulgarien (- 8,5 %) und Portugal (- 5,0 %) festgestellt. Für Deutschland liegen die Schätzungen der realen landwirtschaftlichen Einkommen bei +12,5 %.

Die landwirtschaftliche Produktion der EU27 stieg im Jahr 2007 um 4,3 %, hauptsächlich infolge eines beträchtlichen Anstiegs des Wertes der pflanzlichen Erzeugung (+ 7,8 %), während der Wert der tierischen Erzeugung (+ 0,6 %) beinahe stabil blieb.

Am deutlichsten nach oben gingen die Erzeugerpreise bei Getreide (+ 46,2 %) und bei Ölsaaten (+ 21,9 %). Dagegen sanken die Erzeugerpreise für Olivenöl (- 19,4 %) und für Zuckerrüben (- 12,8 %) beträchtlich. Der stabile Wert der tierischen Produktion im Jahr 2007 ergibt sich aus einer leichten Zunahme der Erzeugung um 1,9 % und den um 0,5 % gesunkenen Erzeugerpreisen. Bei Milch nahm der reale Produktionswert wegen der höheren Erzeugerpreise (+ 8,8 %) zu, während die produzierte Menge nahezu stabil blieb (- 0,3 %).

Der Anstieg der Produktionsmenge bei Schweinen (+ 4,9 %) wurde durch stark fallende Erzeugerpreise (- 12,4 %) mehr als aufgehoben. Bei den Rindern hingegen sind die Produktionsmengen angestiegen (+ 2,0 %), während die Erzeugerpreise (- 5,0 %) abnahmen.

Übersicht 14: Tabelle 9: Veränderung des realen landwirtschaftlichen Einkommens je Arbeitskraft im Jahr 2007

	Veränderung 2007/2006 (in %)	Indizes 2007 (2000=100)		Veränderung 2007/2006 (in %)	Indizes 2007 (2000=100)
EU27	+5,4	115,9	Slowenien	+8,5	147,3
Litauen	+39,3	250,2	Frankreich	+7,5	105,6
Estland	+22,5	285,2	Ver. Königsreich	+6,0	133,4
Tschech. Republik	+20,9	186,2	Niederlande	+4,9	99,3
Schweden	+16,5	123,1	Dänemark	+4,9	107,5
Finnland	+14,4	114,7	Belgien	+1,7	89,5
Luxemburg	+14,3	104,9	Griechenland	-0,3	83,1
Polen	+13,7	213,2	Zypern	-0,5	100,3
Deutschland	+12,5	132,9	Ungarn	-1,0	144,8
Spanien	+10,3	105,3	Malta	-1,7	103,8
Lettland	+9,3	308,8	Italien	-2,0	81,8
Irland	+9,2	89,9	Portugal	-5,0	110,9
Slowakei	+9,2	161,5	Bulgarien	-8,5	95,4
Österreich	+8,8	129,7	Rumänien	-16,7	123,5

Quelle: EUROSTAT

In der EU27 nahmen die Vorleistungskosten insgesamt um 5,8 % zu. Dies hängt vor allem mit dem starken Anstieg der Futtermittelpreise um 14,0 % zusammen. Dieser ist seinerseits durch die gestiegenen Preise der pflanzlichen Produktion zu begründen. Die Energiekosten sanken um 2,6 %, bedingt durch einen niedrigeren Verbrauch (- 2,2 %).

4. Veränderungen in der europäischen, nationalen und regionalen Agrarpolitiken

4.1 Jahresüberblick

- Auf **internationaler Ebene** war die Landwirtschaft 2007 durch schleppende und noch nicht abgeschlossene WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde geprägt. Hauptgrund war eine fehlende Einigung auf sog. Modalitäten im Agrarbereich, in denen konkrete Kürzungssätze für Zölle, Exportsubventionen sowie die inländische Stützung vereinbart werden sollen. Das am 17. Juli 2007 vom Vorsitzenden Crawford Falconer der WTO-Agrarverhandlungsgruppe vorgelegte Modalitätenpapier würde auch von der EU für den Agrarbereich erhebliche zusätzliche, über ihr Angebot vom Oktober 2005 deutlich hinausgehende Zugeständnisse abverlangen. Dies würde vor allem beim Marktzugang in wichtigen Bereichen wie Milch, Zucker und Rindfleisch erneuten Reformbedarf auslösen und zu erheblichen Preis- und Einkommenseinbußen für die Landwirtschaft führen.
- Zum 1. Januar 2007 sind **Rumänien und Bulgarien** als neue Mitgliedstaaten der EU beigetreten. Damit besteht die EU aus 27 Mitgliedstaaten und rd. 500 Mio. Bürgerinnen und Bürgern. Die Übertragung der GAP auf die neuen Mitgliedstaaten erfolgte im Rahmen einer Einführungsperiode. Insgesamt ist ein Volumen in der Haushaltskategorie 2 von 2,6 Mrd. € für Bulgarien und 8 Mrd. € für Rumänien im Zeitraum 2007 bis 2013 vorgesehen. In den neuen Mitgliedsländern erfolgt die Flächenzahlung nach dem vereinfachten System einer einheitlichen Flächenprämie (SAPS). Die neuen Mitgliedstaaten, die die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung anwenden, müssen die Grundanforderungen an die Betriebsführung ab 2009 umsetzen. Hierzu wird eine gestaffelte Einführung über einen Zeitraum von drei Jahren vorgeschlagen. Für Bulgarien und Rumänien beginnt dieser Zeitraum 2012.
- Im Juni 2007 erfolgte eine politische Einigung über die Reform der gemeinsamen Marktorganisation für **Obst und Gemüse (GMO)**. Der förmliche Beschluss erfolgte im Oktober 2007. Im November 2007 wurde die entsprechende Durchführungsverordnung beschlossen. Die Reform ist zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten.
- Das Umstrukturierungsprogramm für **Zucker** wurde im September 2007 mit dem Ziel modifiziert, den Anreiz für eine Rückgabe von Zuckerrübenquoten der Erzeuger zu erhöhen.
- Die EU hat im September 2007 die **obligatorische Flächenstilllegung** für die Getreideaussaat im Herbst 2007 und Frühjahr 2008 ausgesetzt, nicht zuletzt wegen der niedrigen Ernteprognosen sowie des zusätzlichen weltweiten Getreidebedarfs in der Zukunft.
- Neben den sektorspezifischen Reformen wurde am 7. Oktober 2007 die **Einheitliche Gemeinsame Marktordnung** für alle Agrarsektoren förmlich beschlossen.
- Am 19. Dezember 2007 erfolgte die Beschlussfassung zur **Weinmarktreform**. Mit einer Bundesratsinitiative und dem „Mainzer Weingipfel“ vom 19. September 2007 sowie einer partnerschaftlichen Resolution mit den europäischen Weinbauregionen hat die Landesregierung entscheidend dazu beigetragen, dass die ursprünglichen Vor-

schläge der Europäischen Kommission vom Juli 2007 in entscheidenden Punkten zugunsten der deutschen Weinwirtschaft geändert wurden: das Bezeichnungsrecht und das traditionelle Verfahren der Anreicherung mit Saccharose bleiben erhalten; die Verankerung des deutschen Qualitätsweinsystems konnte ebenso erreicht werden wie die Umleitung der Finanzmittel in strukturpolitisch wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Weinsektors. Auch das Pflanzrechtesystem bleibt bis 2018 möglich, sodass wettbewerbsfähige Erzeuger ihre Produktion ausweiten können. Die Reformen werden in Kohärenz mit dem ländlichen Entwicklungsprogramm PAUL durchgeführt.

- Zur **2. Säule der GAP** wurden in 2007 weitere Fortschritte in der Umsetzung erzielt. Deutschland erhält in der Förderperiode 2007 bis 2013 insgesamt 8,1 Mrd. € des insgesamt 77,6 Mrd. € starken Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums **(ELER)**. Die regionalen Programme der deutschen Bundesländer wurden von der Europäischen Kommission in 2007 geprüft und genehmigt.
- Die Reform der **landwirtschaftlichen Sozialversicherung** wurde vom Bundestag mit dem Ziel der allgemeinen Effizienzsteigerung und finanziellen Stabilisierung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung verabschiedet. Am 08.11.2007 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur „Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung“. Das Gesetz wurde aufgrund der immer stärker zunehmenden Folgen des Strukturwandels erforderlich, um die Beitragsbelastung zu stabilisieren.

4.2 Health Check der GAP

Im Mittelpunkt der aktuellen agrarpolitischen Diskussion steht seit der Vorlage der Überlegungen der Europäischen Kommission am 20. November 2007 der „Gesundheitscheck“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), der so genannte Health Check. Im Rahmen der Reform der GAP vom 26. Juni 2003 wurde die Europäische Kommission verpflichtet,[6] diese Reform im Jahre 2008 einer Überprüfung zu unterziehen und ggf. erforderliche Anpassungen vorzunehmen. Nach der Vorlage der Kommissions-Vorschläge wurden diese anschließend in den zuständigen Gremien auf Arbeits- und politischer Ebene intensiv erörtert (u.a. Sonderausschuss Landwirtschaft, EU-Agrarministerratssitzungen). Der Health Check verfolgt drei wesentliche Ziele:

- eine Überprüfung der GAP für den Zeitraum 2009-2013 mit der Zielsetzung der Durchführung nötiger Anpassungen und Vereinfachungen in der Betriebsprämienregelung und den Regelungen für bestimmte landwirtschaftliche Märkte - aber keine grundlegende Reform der „Luxemburger Beschlüsse 2003 und keine Änderung des Gesamtbudgets;
- Baustein zur EU-Haushaltsüberprüfung 2009;
- Vorbereitung eines umfassenderen Reformprozesses für die GAP nach 2013.

Am 20. Mai 2008 - also exakt ein halbes Jahr nach dem Anstoß der Diskussion zur Überprüfung

[6] Sog. Luxemburger Beschlüsse; Rechtsgrundlagen u. a. die Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29.09.2003, Artikel 8, ABl. L 270/1 vom 21.10.2003.

der GAP - hat die Europäische Kommission ihre Legislativvorschläge[7] für die Umsetzung des Health Checks präsentiert. Auf einem Informellen Agrarrat am 25. - 27. Mai 2008 in Maribor und einem Formellen Agrarrat am 23./24. Juni 2008 in Brüssel hat sich der Agrarministerrat mit den Legislativvorschlägen befasst. Ziel ist es, die Vorschläge bis Ende des Jahres 2008 in förmliches EU-Recht zu fassen.

Folgende wesentlichen Maßnahmen schlägt die Europäische Kommission in ihren Legislativvorschlägen vor:

- Vereinfachung der Betriebsprämienregelung,
- Anhebung der Untergrenze für die Direktzahlungen auf 250 € bzw. 1 ha,
- Streichung agrarfremder Auflagen und Aufnahme zusätzlicher ökologischer Verpflichtungen im Rahmen der Cross Compliance,
- Entkopplung bislang fakultativ gekoppelter Direktzahlungen und deren Überführung in die Betriebsprämie,
- Einstellung der Intervention bei Futtergetreide nach dem „Maismodell“ und Beibehaltung der Intervention bei Weizen als Sicherheitsnetz für Getreide,
- Wegfall der obligatorischen Flächenstilllegung,
- Streichung der Energiepflanzenprämie,
- Beitrag zum „soft landing“ für den definitiven Ausstieg aus der Milchquotenregelung zum 31.03.2015 in Form der Anhebung der Milchquoten um 5 % in den Jahren 2009 bis 2013 als jährliche Erhöhung der Quoten um 1 % sowie u. a. die Möglichkeit von Begleitmaßnahmen für Milchviehbetriebe in benachteiligten Gebieten im Rahmen der 1. Säule (Artikel 69 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003; künftig Artikel 68 der neuen horizontalen Direktzahlungenverordnung),
- Entkopplung der Beihilfezahlungen und Aufhebung von Produktionsbeschränkungen in weiteren Sektoren (z.B. Trockenfutter, Kartoffelstärke, Hanf und Flachs),
- mehr Flexibilität und neue Fördermöglichkeiten für die Mitgliedstaaten beim Krisenmanagement,
- Stärkung der 2. Säule über die schrittweise Einführung einer zusätzlichen Basismodulation sowie einer progressiven (betriebsgrößenabhängigen) Modulation von bis zu 17 % im Zeitraum 2009 bis 2012, um Maßnahmen in den Bereichen Klimawandel, Bioenergien, Wassermanagement und Biodiversität zu finanzieren.

Mit den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission hat sich eine Sonder-Agrarministerkonferenz des Bundes und der Länder am 2. Juni 2008 befasst und sowohl die Vorschläge zur Modulation als auch zur Aufstockung der Milchquoten abgelehnt. Die Sonder-Agrarministerkonferenz war einvernehmlich der Auffassung, dass marktpolitische Anpassungsmaßnahmen im Milchsektor nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes und im zeitlichen Zusammenhang mit der weiteren Marktentwicklung entschieden werden können, wobei eine Senkung der Superabgabe und andere Instrumente einer Quotenaufstockung vorzuziehen seien. Auch der Bundesrat hat am 16. Juni 2008 eine entsprechende Entschließung gefasst. Rheinland-Pfalz hat sich darüber hinaus dafür ausgesprochen, mittelfristig einheitliche Direktzahlungen je Hektar LF in Deutschland einzuführen.

[7] Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM(2008) 306/4.

4.3 Weiterentwicklung der GAK

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist als nationale Rahmenregelung das zentrale Instrument für die nationale Kofinanzierung der ELER-Mittel. Auf nationaler Ebene spielt die Weiterentwicklung der GAK daher eine besondere Rolle. Die vielfältigen Probleme, die im Zusammenhang mit dem Thema „Entwicklung des ländlichen Raumes“ stehen, und die damit verbundenen Herausforderungen machen auch aus Sicht des Bundes eine Weiterentwicklung der GAK notwendig. Hier kann an den Ergebnissen der Agrarministerkonferenz am 19. und 20. April 2007 in Weiskirchen angeknüpft werden. Vor dem Hintergrund des OECD-Berichtes zur Politik für ländliche Räume wurde dort darauf hingewiesen, dass derzeit die GAK eine zentrale Rolle für die Förderung der ländlichen Entwicklung darstellt, aber dafür noch wesentlich zielgerichteter ausgestaltet werden muss. Insbesondere solle die GAK kein „reines“ Instrument zur Unterstützung ausschließlich der Landwirtschaft darstellen.

Mit den im PLANAK beschlossenen Änderungen der Fördergrundsätze 2008 - 2011 wurde ein wichtiger Schritt in eine solche Richtung getan. Der Fördergrundsatz „Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung“ wurde um die Förderung der Nahwärmeversorgung und die Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum erweitert. Damit sind bedeutende, auch von Rheinland-Pfalz initiierte Anpassungen des GAK-Förderinstrumentariums vorgenommen worden. Dies tragen dazu bei, die GAK stärker in Richtung eines Instrumentes zur Förderung und Unterstützung des gesamten ländlichen Raumes zu entwickeln. Diese grundsätzlich zu begrüßende Entwicklung soll weitergeführt werden. Ziel des Bundes ist es, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ weiterzuentwickeln. Eine solche Weiterentwicklung der GAK setzt aus rheinland-pfälzischer Sicht allerdings voraus, dass von Seiten des Bundes dauerhaft eine entsprechende Aufstockung des Mittelplafonds erfolgt.

4.4 Agrarstrukturförderung unter geänderten agrarmarktpolitischen Rahmenbedingungen – Auswirkungen auf das EPLR PAUL

Das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum des Landes Rheinland-Pfalz für den Programmplanungszeitraum 2007-2013[8] und trägt den Namen „Entwicklungsprogramm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL). Es wurde nach Vorberatungen durch die Europäische Kommission im Frühjahr 2007 zur Genehmigung eingereicht und am 24. Oktober 2007 vom EU-Ausschuss für ländliche Entwicklung (Rural Development Commitee / RDC) angenommen. Die Europäische Kommission hat das EPLR PAUL nach Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates mit Schreiben K(2007) 5839 vom 23. November 2007 genehmigt.

Veränderte agrarmarktpolitische Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends auf den Agrarmärken und der sich abzeichnende Klimawandel werden den Strukturwandel in Landwirtschaft und Weinbau in den kommenden Jahren stark beeinflussen und voraussichtlich auch mittelfristig weiter beschleunigen. Die Betriebsstrukturen in den für Rheinland-Pfalz wichtigen Sektoren Weinbau, Milchviehhaltung, Ackerbau und sonstige Sonderkulturen (Obst- und Gemüsebau) werden sich deutlich verändern. Dabei ist in nahezu allen genannten Sektoren grundsätzlich davon auszugehen, dass eine ausreichende Zahl von wachstumsfähigen und -willigen Betrieben vorhanden ist.

[8] Kennnummer CCI 2007 DE 06 RPO 017.

Ziel der Agrarstrukturpolitik in den kommenden Jahren ist es deshalb, diese Betriebe in ihren Entwicklungsschritten zu unterstützen. Gleichzeitig sind (Beratungs-) Angebote für die Betriebe vorzusehen, die kurz- und mittelfristig vor der Entscheidung stehen, aus der landwirtschaftlichen Erzeugung auszuscheiden. Bei letzterem ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Anteil der Betriebsleiter in den kommenden 10 bis 15 Jahren altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden wird.

Strukturelle Defizite gegenüber vergleichbaren Konkurrenzregionen (geringere Betriebsgrößen) und eine unter dem Bundesdurchschnitt liegende durchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (gemessen an der Höhe des Standardbetriebseinkommens) sowie die Notwendigkeit, leistungsfähige Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen als Reaktion auf den Konzentrationsprozess im Lebensmitteleinzelhandel zu entwickeln, haben zu einer schwerpunktübergreifenden Zielsetzung im Entwicklungsprogramm PAUL geführt: PAUL soll dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Wertschöpfung in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen zu verbessern, um damit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Umweltaspekten beizutragen. Einen Schwerpunkt von PAUL bilden folgerichtig Maßnahmen zur „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft“.

Für alle Betriebsformen des Agrarsektors ergibt sich ein ähnlicher agrarstrukturpolitischer Handlungsbedarf, bei dem allerdings durchaus differenzierte Schwerpunkte zu setzen sind:

- Intensive Beratung (Entscheidungshilfen zu Ausstieg oder Weiterentwicklung sowie Weiterentwicklung von Anbautechniken).
- Förderung von Investitionsmaßnahmen (in landwirtschaftlichen Betrieben, Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen; Bodenordnung; Ausbau Infrastruktur).
- Vermeidung von Maßnahmen, die die Konkurrenz um die Fläche und (damit) die Pachtpreise zusätzlich erhöhen.

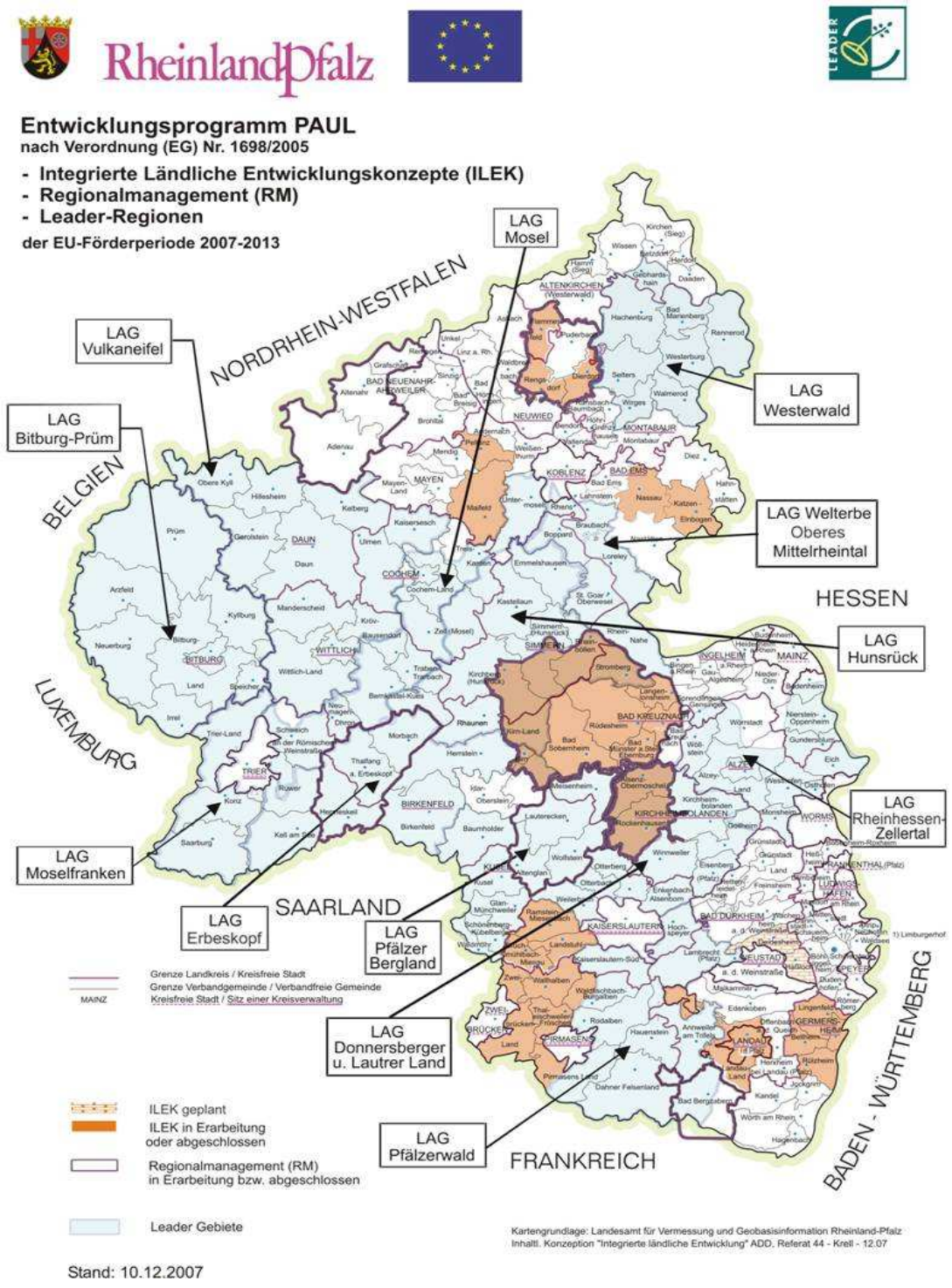
Im Entwicklungsprogramm PAUL steht bereits das notwendige agrarstrukturpolitische Instrumentarium zur Umsetzung dieses Handlungsbedarfs bereit. Das EPLR PAUL wird durch die im Zuge der Reformen der Wein- und Zuckermarktordnung zufließenden EU-Mittel entsprechend dem Kohärenzgebot aller GAP-bedingten Maßnahmen einer Feinabstimmung unterzogen und - soweit erforderlich - durch sektorspezifische Maßnahmen ergänzt.

Leader-Ansatz und Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) im EPLR PAUL

Mit einer Politik für die ländlichen Räume unterstützt die Landesregierung das Engagement der lokalen Akteure und fördert Initiativen für eine zukunftsgerechte Entwicklung der Regionen. Unter dem gemeinsamen Dach der „Impulsregionen“ präsentieren sich die 14 Regionen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und die 12 Lokalen Aktionsgruppen (LAG) des Leader-Ansatzes (vgl. unten, Karte 1). Im Frühsommer 2007 wurde ein Wettbewerb zur Auswahl der Lokalen Aktionsgruppen ausgeschrieben. Die Gebietskulissen mussten dabei eine Bevölkerungsdichte von weniger als 194 Einwohner/qkm aufweisen. Gleichzeitig mussten für die wirtschaftlich, naturräumliche oder kulturell homogenen Gebiete eine Gesamtbevölkerung zwischen 60 bis 150.000 Einwohnern nachgewiesen werden.

Ein Bewertungsausschuss aus 18 Mitgliedern hat die eingereichten 12 Bewerbungen beurteilt. Diesem Bewertungsausschuss gehörten neben Vertretern der Wirtschafts- und Sozialpartner (z. B. Umweltverbände, Landwirtschaftskammer) auch zwei unabhängige Professoren an. Im Anschluss an seine abschließende Sitzung am 3. September 2007 hat der Bewertungsausschuss aufgrund der Qualität der Bewerbungsunterlagen empfohlen, alle 12 Bewerber anzuerkennen und hierfür auch die Mittel für den Leader-Ansatz auf 23,8 Mio. € aufzustocken.

Karte 1: Übersicht der Impulsregione (Leader- und ILE-Gebiete)



4.5 Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes

Im Jahr 2007 wurde aufgrund eines ACK-Beschlusses eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vor-

bereitung der Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe sprach sich für eine schlanke Novelle des Landwirtschaftsgesetzes aus und hat dazu einen ersten Vorschlag ausgearbeitet. Die Arbeitsgruppe hält an ihrem Vorschlag eines möglichst schlanken Gesetzes fest. Eine Ausarbeitung demgegenüber zu einem umfassenden Landwirtschaftsgesetzbuch mit Aufnahme aller Bestimmungen zur „guten fachlichen Praxis“ sowie zur besonderen Bedeutung der Landwirtschaft für die ländlichen Räume einschließlich der Abgrenzung zum Umweltgesetzbuch wird zeitnah, d. h. in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, für nicht realisierbar angesehen. Einer Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes steht die bereits gesetzlich verabschiedete Änderung der Bundesagrarberichterstattung nicht entgegen.